

11. JAN



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470  
Fernsprecher 24031 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XV/7 - 9. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Peter Nellen und seine Partei Von Ulrich Lehmar, MdB	59
2a	Was ist nun richtig ? Zweimal Schröder zu den antisemitischen Suddeutschen	25
3 - 4	Macmillans Reise nach Afrika Es geht um die Erhaltung des britischen Commonwealth	70
5 - 6	Fackelzug der Scham und Empörung 40 000 Jugendliche marschierten durch das nächtliche Berlin "Befehl des Herzens und der Vernunft".	102

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Peter Nellen und seine Partei

Von Ulrich Lohmar, KdS, Bielefeld

Wie man hört, rechnet der christlich-demokratische Abgeordnete Peter Nellen aus Münster nicht mehr damit, auch für den nächsten Bundestag aufgestellt zu werden. Er hat sich durch seinen Protest gegen die Atompolitik der Bundesregierung den Unmut seiner Parteifreunde zugezogen, deren Zorn wohl bis 1961 verbraucht sein dürfte. Nun wäre es falsch, einer politischen Partei das Recht abzuspoken, sich von solchen Anhängern zu trennen, die mit den Zielen dieser Partei nicht mehr übereinstimmen. Schließlich will auch der Wähler wissen, woran er ist. Er entscheidet sich für die Kandidaten politischer Gruppen in erster Linie deshalb, weil er sie als Exponenten einer politischen Partei im Parlament zu sehen wünscht.

Dennoch bleibt die Bestimmung des Grundgesetzes gültig, wonach der Abgeordnete seinem Gewissen verantwortlich und an keine Weisungen gebunden sein darf. Diesen Satz der Verfassung mag man bei politischen Tagesfragen großzügig auslegen, für die Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr muß er seine Geltung behalten, wenn das Wort von der Gewissensfreiheit des Parlamentariers überhaupt einen Sinn behalten soll.

Und hier erst wird das Schicksal von Peter Nellen zu einer Sache, die nicht nur ihn angeht. Nellen hat nirgendwo und niemals zu erkennen gegeben, daß er mit den wesentlichen Zielen der CDU nicht mehr übereinstimme. Es besteht im Gegenteil Grund zu der Annahme, daß er ein überzeugter Anhänger der christlich-demokratischen Politik im ganzen ist - mit der einen Ausnahme: seiner Haltung zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Wenn ihn seine Partei deshalb ohne Aussprache über die Sache tadelt und ihn bei nächster Gelegenheit aus dem Parlament zurückziehen will, dann bringt die CDU damit zweierlei zum Ausdruck. Sie erklärt, daß sie in der Einstellung zur

atomaren Bewaffnung keine abweichende Gewissensentscheidung innerhalb der Partei zulassen will, und sie sagt zugleich, daß ihr Ja zur Atombewaffnung zu einem wesentlichen Ziel der Regierungspolitik geworden ist - und daß sie es niemand gestatten mag, hier auszuscheren.

Daß die Christlichen Demokraten die Dinge so sehen, muß man vermuten, wenn man den Verlauf der Diskussion um den Abgeordneten Nellen aufmerksam verfolgt hat. Wir möchten die CDU deshalb fragen, ob sie beabsichtigt, den Eindruck aufrechtzuerhalten, daß sie die Befürwortung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr durch alle ihre Abgeordneten auf dem Wege der Parteidisziplin zu erzwingen gedenkt? Und zweitens: Ob die Christlichen Demokraten tatsächlich der Auffassung sind, das Ja zur atomaren Bewaffnung zu einem grundlegenden Ziel christlicher Politik erklären zu können?

Was uns an der Diskussion um Peter Nellen bedrückt, ist nicht die Tatsache, daß die Mehrheit seiner politischen Freunde öffentlich erklärt, sie halte Nellens Meinung in der Atomfrage für falsch. Was uns aufhorchen läßt, das ist der von Konrad Adenauer eingeführte Brauch, die Diskussion um Streitfragen auch dieser Bedeutung durch Parteirügen zu ersetzen.

Man kann selbstverständlich nicht sagen, daß es etwa in der Sozialdemokratie keine unterschiedlichen Meinungen gäbe. Aber wer die Diskussionen der SPD auf ihren Parteitag in Stuttgart und in Bad Godesberg miterlebt hat, der wird zugeben müssen, daß dort offen und öffentlich um den einzuschlagenden Weg gerungen wird. In der CDU wird dagegen heute ein Geist der bedingungslosen Gefolgschaft verlangt, der sich weder mit dem Wesen der Demokratie noch mit der innerparteilichen Meinungsfreiheit vereinbaren läßt.

Wir jedenfalls möchten den Wählern von Münster wünschen, daß ihnen bei der nächsten Wahl kein Streckmann anstelle eines unabhängigen und kritischen Christen zugerutet wird.

+ + +

Was ist nun richtig?

sp - Merkwürdiges geht vor in der Bundesrepublik. In entscheidenden Fragen über Beurteilung von Hintergründen antisemitischer Ausschreitungen widersprechen sich die Aussagen. Während z.B. Bundesinnenminister Dr. Schröder noch am Mittwoch dieser Woche dem Chefredakteur des "Vorwärts" erklärte, er sei nicht bereit, von einer geplanten oder gesteuerten Aktion zu sprechen, auch nicht von einer kommunistisch gesteuerten Aktion, weil hierfür bisher keine Grundlagen gegeben seien, behauptete derselbe Minister in einem Exklusiv-Interview mit der Londoner "Daily Mail" genau das Gegenteil. Dort sagte Dr. Schröder, auf Grund der ihm vorliegenden Untersuchungsberichte hätten die Kommunisten lange Monate vor dem Anschlag auf die Kölner Synagoge einen antisemitischen Propaganda-Anschlag auf die Bundesrepublik vorbereitet.

Was ist nun richtig? Die gegenüber dem "Vorwärts"-Chefredakteur abgegebene Erklärung oder die Behauptungen im "Daily Mail"-Interview?

Wir meinen, daß dieser Widerspruch der Sache, um die es hier geht, wenig dienlich ist. Daß die Kommunisten versuchen werden, die antisemitischen Suéleien in der Bundesrepublik für ihre Propaganda auszunutzen, ist wohl zu erwarten. Daß sich aber der Bundesinnenminister in der Beurteilung der Möglichkeiten organisierter Schmierereien derartig widerspricht, erscheint uns höchst merkwürdig. Liegt hier etwa eine unterschiedliche Sprachregelung für den Inlands- und Auslandsbedarf vor?

In einer so wichtigen Sache, bei der das Ansehen des deutschen Volkes auf dem Spiele steht, darf sich die Regierung nicht so verhalten, daß man die Ernsthaftigkeit der Aussagen eines Kabinettsmitgliedes bezweifeln kann.

Das Zitat:

"... die Bundesregierung kann nicht daran denken, rückwärts zu gehen und sich von ihren Mitarbeitern trennen, die ihr seit elf Jahren mit einer Ergebenheit gedient haben, die mindestens gleichwertig dem Eifer ist, den sie dem vorausgegangenen Regime entgegengebracht haben".

Alain Clément, Deutschlandkorrespondent der Pariser Zeitung  
"Le Monde".

### Macmillans Reise nach Afrika

ED - Englands konservativer Premier hat mit seiner Afrikareise den Reigen der Erkundungsfahrten eröffnet, denen sich die führenden Staatsmänner aus Ost und West noch vor Beginn der diesjährigen Gipfekonferenz unterziehen wollen. Während der sowjetische Regierungschef zu einem gewichtigen Besuch Indiens und Indonesiens im nächsten Monat aufbricht, wird der amerikanische Präsident im südlichen Teil der westlichen Hemisphäre erwartet. Auch dem französischen Staatspräsidenten werden Reisepläne nachgesagt, d. runter nach den U.S.A. und Kanada.

Sicherlich ist es nicht von ungefähr, daß sich die Briten aus diesem globalen Besuchskuchen gerade das afrikanische Stück herausgeschnitten haben. Auch wenn man keineswegs der Ansicht ist, hierbei handele es sich um eine insgeheime Abmachung zwischen Washington und London, hat gewiss eine Art informeller Abstimmung existiert, wer wen auf - und besucht. Nach dem für Grossbritannien unehelichen Ausgang der Suezkrise und dem Abzug aus dem Nahen- und Mittleren Osten hat die Londoner Regierung ihr Hauptinteresse auf die Bewahrung britischen Einflusses in Afrika gerichtet. Die Bemühungen der Sowjetunion, im schwarzen Erdteil Fuß zu fassen dürften die Anstrengungen Englands noch verdoppelt haben. Aber es wäre falsch, die kritischen Aktivitäten der letzten Jahre einzig und allein unter dem Gesichtspunkt west-östlicher Auseinandersetzungen sehen zu wollen. Auch das Auftreten von Amerikanern und Kontinentaleuropäern, hier vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, führte zu sorgenvollen Betrachtungen. Auch wenn man, selbst unter den Konservativsten der Konservativen, bereit ist, die politische Herrschaft Londons allmählich und in abschbarer Zeit an afrikanische Repräsentanten abzutreten, will man doch die wirtschaftlichen Bande gewahrt wissen, wenn nicht noch verstärkt sehen.

Dies alles und noch ein Bündel anderer Probleme begleitet den englischen Premier auf seiner Reise, die ihn nicht nur nach Ghana geführt hat, sondern auch weitergehen wird nach Kenia, in die Zentralafrikanische Föderation (Rhodesien und Nyasaland), zur Südafrikanischen Union und anderen Teilen des ehemaligen oder jetzt noch britischen Afrikas.

Vor allem dürfte Macmillan und mit ihm die politisch tragende Gruppe Englands daran interessiert sein, wie weit die Aspirationen jener Staaten reichen, die zwar schon von London unabhängig, aber noch im Verband des Commonwealth geblieben sind. Dies gilt nicht nur für Ghana,

die zur Stunde entscheidende Vormacht des afrikanischen Nationalismus, sondern in viel weiterem Masse für die Südafrikanische Union, wo unter dem Einfluss bursischer Extremisten und weisser Rassefanatiker Massnahmen eingeleitet werden, die über kurz oder lang in einen Austritt aus dem Commonwealth münden könnten. Dies zu verhindern aber dürfte gerade das Ziel Macmillan'scher Afrika-Politik sein, wobei es natürlich nicht ausbleibt, dass sie zwischen die Scylla von Accra und die Charybdis von Pretoria gerät. Schonzulange hat nach Auffassung nicht nur der Afrikaner, sondern auch eines grossen Teils der britischen Bevölkerung der Premier Rücksicht auf die Haltung der Südafrikanischen Union genommen. Der Regierungschef Ghanas, Dr. Nkrumah, hat nicht mit Warnungen gegenüber seinem britischen Besucher gespart, sollten sich in der Zukunft keine Änderungen ergeben.

Macmillan weiss dabei sehr genau, wie sehr ein Weiterbestehen britischen Einflusses in Afrika davon abhängt, wie sich die ehemaligen Kolonien und auch die Gebiete, welche in Kürze ihre Unabhängigkeit erlangen werden, gegenüber London verhalten werden. Die Wirtschaft der Insel und damit im Zusammenhang der Lebensstandard der britischen Bevölkerung und in Folge davon auch die Popularitätschancen der Konservativen verlangen die Rücksichtnahme auf die grossen farbigen Staaten in Afrika. Und dies selbst auf die Gefahr hin, daß die Buren am Kap der Guten Hoffnung ihre letzten Bande mit England lösen würden.

So betrachtet ist die Reise Macmillans die wohl folgenschwerste, die je ein britischer Politiker während der letzten Jahrzehnte nach Afrika unternommen hat. Nicht nur das Prestige Grossbritanniens, neben den U.S.A. und der Sowjetunion die dritte Macht zu sein, auch die realen Fundamente für einen solchen Anspruch stehen auf dem Spiel. Gelingt es Macmillan die Afrikaner vom "fair play" der Londoner Regierung zu überzeugen, steht einer realistischen Partnerschaft zwischen Grossbritannien und seinen "Ehemaligen" in Afrika nichts im Wege. Scheitert dagegen der Premier, dann packen letzten Endes nicht nur die Engländer ihre Koffer, sondern ein wenig später auch der gesamte Westen.

Fackelzug der Scham und Empörung

E.G.S. - Berlin

Lange hatte man nicht so viele junge Menschen in stiller Besinnung an einem Versammlungsplatz der Weltstadt Berlin gesehen, wie an diesem späten Abend des 8. Januar 1960 am Wittenbergplatz. Schon oft haben brennende Fackeln durch die nächtlichen Straßen der Stadt geleuchtet. Man denkt an trübe Stunden zurück. An den Fackelzug am 30. Januar 1933, dem Abend der "Machtergreifung" und an die brennenden Feuerstöße vor der Universität Unter den Linden, als Deutschlands beste Geister in ihren Werken "den Flammen übergeben wurden" ...

Diesmal waren es Fackeln, deren Schein junge entschlossene oder bedrückte Gesichter überleuchtete. Aber der Anlaß zu dem Schweigemarsch durch die Stadt war ein ganz anderer. Auch in Berlin haben Schutzfinken und nazistisch vernetzte Störenfriede Plätze und Straßen mit dem Mal der Schande besudelt und jüdische Bürger in neue Unruhe versetzt. Die Jugend gab den Impuls, diese Schande nicht zu dulden, sondern sich einhellig - jenseits der Konfessionen und der politischen Bekenntnisse - gegen solche Gassenjungen der Gesinnung zu wehren.

Aus dem Kreise der sozialistischen "Falken" kam der Impuls zu einem nächtlichen Protestmarsch. Sie baten Senator Joachim Lipschitz um seine Unterstützung, und er versagte sich der Jugend nicht, widmete seine eigene Empörung über dieses neo-faschistische Tun in Berlin und Deutschland diesem spontanen Beschluß.

Über den Landesjugendring wurden alle demokratischen Jugendorganisationen zur Beteiligung aufgerufen. Die Empörung über das antisemitische Treiben trieb alle Jugendgruppen von den "Falken" und den "Sozialistischen Studenten" bis zur "Schreiberjugend" und zur "Jungen Union" der CDU auf den Plan. So standen sie nun am Wittenbergplatz, sammelten sich um ihre Fahnen, entzündeten ihre Fackeln, stellten ihre Ordner in schweigender Disziplin auf, kein lautes Wort, keine Kommandos, keine barschen Befehle. Diese Jugend marschierte ohne Befehle durch die Nacht, ohne militärische Formation, ohne festgelegte Normen. Ihr Befehl war der des Herzens und der Vernunft; sie bewies, daß eine Jugend in demokratischer Freiheit zu eigenem Tun entschlossen sein kann und unter dem Einsatz ihrer Person für die Wahrheit und die Menschlichkeit zu handeln entschlossen ist.

Der Zug formierte sich ohne spürbare Leitung, voran dumpfe Trommelschläge eines mahnenden Musikkorps der Arbeiterschaft Berlins. Dann die Fahnen und Fackeln, Mädchen und Jungen, Schulkiner und Studenten, Jugendmentoren. So zogen sie durch die Tauentzien-Straße. Schweigend standen die Menschen still, die aus den Kinos kamen und Cafés. Man zog um die Gedächtniskirchenruine herum, zum Bahnhof Zoo. Einige Transparente verkündeten: "Niemals wieder Rassenwahn!" und "Nieder mit den nazistischen Sudeleien" und andere Sätze, die sich gegen die nationalistischen Hetzer wendeten. So erreichte man durch die Hardenberg-Straße den Steinplatz. Am Mahnmal der "Opfer des Faschismus" hatten über eine ganze Woche freiwillig sozialistische Jugendliche in Ablosung eine dauernde Wache mit Fackeln gehalten, um dieses Mahnmal vor Besudelungen zu schützen. Eine großartige, opferbereite Tat! Hier leuchtete Licht durch die Nacht aus vier Katafalken. Hier stand eine Rednerbühne, die zum Innensenator Lipschitz betrat, der in dieser Nacht zum Sprecher der ehrlichen Empörung von Berlins demokratisch empfindenden Menschen wurde, die in der Schmach der neuen Schändungen nicht nur eine Beleidigung jüdischer Menschen sehen, sondern einen Angriff gegen die mühsam errungene Substanz des deutschen Volkes überhaupt. Das Unwahrscheinliche, das Beglückende an dieser Nacht war die unheimliche innere Disziplin der 40 000 jungen Menschen, die sich hier aus allen politischen und weltanschaulichen Lagern gesammelt hatten.

Lipschitz betonte, der Schweigemarsch dieser Nacht sei nicht etwa ein Symptom der "Angst, man müsse auf die Straße, weil man befürchte, daß ein neues Drittes Reich austreten könnte". Man habe keine Angst, denn man wisse sich in dem kraftvollen Willen der Jugend zur Demokratie einzig, die hier so zahlreich versammelt sei. Man müsse ebenso den Kommunisten eine Absage erteilen, die glauben, an dem Feuer der Situation ihre Suppe kochen zu können. "Wir werden ohne die Nazis mit den Kommunisten fertig, und ohne die Kommunisten mit den Nazis!" rief Lipschitz aus. Dann beleuchtete er die jüngsten Ereignisse und nannte die Berliner Gegenaktion beispielhaft und beispielgebend. Er rief die Jugend auf, sich gegen die Schmierfinken an den Studienplätzen, Arbeitsplätzen und Schulen zu wehren, um die Schande nicht zu dulden, die wiederum über Deutschland gebracht werden sollte. An die Feiglinge gerichtet, die im Schatten der Nacht die Sudeleien begehren, rief er: "Kommt hervor aus euren Rattenlöchern!"

Nach mannhaften politischen Kampfworten beschwor der Senator nochmals Leid und Not derer, die "durch einen Zufall" überletten und versicherte, daß diese verfolgten Menschen heute dringend Ruhe brauchten. Man werde nachhaltig denen auf die Finger klopfen, die diese Ruhe störten. Der Innensenator konnte feststellen, daß im freiwilligen Bekenntnis dieser 40 000 jungen Berliner eine Garantie für den Bestand der toleranten Demokratie menschlicher Freiheit liege.

Es war eine eindruckvolle Stunde, als Lipschitz nunmehr die jungen Menschen aufrief, sich in einem Schweigemarsch an dem neuen Jüdischen Gemeinshaus in der Fasanenstraße vorbeizubewegen, um den jüdischen Mitbürgern das Gefühl zu geben, daß sie nicht verlassen und unerlick verraten sind.

Und so geschah es. Schweigend mit Tackeln und Fahnen zogen die Tausende an dem Vorplatz des Gemeinshauses an diesem Sabbath-Vorabend vorbei. Im Eingang des Hauses standen der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und amtierender Vorsitzender des Direktoriums im Zentralrat der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, alle Mitglieder des Vorstandes der Gemeinde und zahlreiche Repräsentanten der Gemeinde. Dazu die Spitzen der Verfolgtenverbände. Man sammelte sich vor dem Hause. Nicht alle konnten Platz finden. Die Kameras der Wochenschauen surrten durch die Nacht, die Blitzlichter zuckten auf, die Mikrofone der Sender öffneten sich. Nochmals ergriff Senator Lipschitz das Wort, an Heinz Galinski gerichtet und den Vorstand der Jüdischen Gemeinde. Lipschitz betonte, daß diese machtvolle Demonstration den jüdischen Mitbürgern das Gefühl geben sollte, daß sie nicht allein stehen. Gerade die Jugend habe hiermit bewiesen, daß sie den Ungeist von goetern nicht länger dulden will. Sie bekennt sich zu einer neuen menschlichen Zeit und damit auch zu ihrem jüdischen Mitmenschen.

Galinski erwiderte dann in einem Dankwort an die Jugend und den Innensenator, daß es gelte, den gemeinsamen Kampf um Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde zu führen. Galinski fand in dieser Nacht Worte, die sowohl die Würde der jüdischen Bürgerschaft, ihre ernste Bedrückung durch die jüngsten Untaten als auch die stille Hoffnung einer gemeinsamen Zukunft in Frieden zum Ausdruck brachten.

Nun trat man noch vor die Gedenkwand im Hofe, an der die Namen der KZs geschrieben stehen. In den Gesichtern der jungen Menschen stand etwas, das man "heilig" nennen müßte, denn es barg Reinheit, Entschlossenheit und Überzeugung. Stumm brannten die Tackeln in dieser Nacht zu Ende. Aber dieses Licht wird leuchten durch alle Finsternis.

+ + +